



BERLINER RUND SCHAU

CHARAKTERISTISCH • DEUTLICH • UNVERFÄLSCHT

32. Jahrgang • 1. Ausgabe
Februar 2006

Global denken - für Berlin handeln

Friedbert Pflüger soll der CDU-Spitzenkandidat für die Abgeordnetenhauswahl am 17. September werden. Die CDU-Gremien haben den Staatssekretär im Verteidigungsministerium einstimmig zur offiziellen Nominierung dem Lan-

desparteitag am 31. März vorgeschlagen. Der CDU-Landesvorsitzende Ingo Schmitt, links im Bild neben Friedbert Pflüger und Generalsekretär Frank Henkel: „Wir freuen uns, einen Kandidaten präsentieren zu können, der zu Berlin

passt und eine seriöse Alternative zum derzeitigen Amtsinhaber bietet. Das haben schon die ersten Wochen gezeigt. So solidarisiert er sich nicht nur in den frühen Morgenstunden mit den Beschäftigten bei JVC oder nutzt seine Kontak-

te für den Erhalt der Ku'Damm-Bühnen, sondern debattiert mit dem selben Engagement Sonntag abends bei Christiansen über weltpolitische Fragen. Global denken und lokal, für Berlin, handeln. Das kann er.“ *Mehr auf S. 4, 5 und 8*

Pflüger: Kein Kampf der Kulturen

BR: Brennende Botschaften und Hasstiraden gegen den Westen – befürchten Sie angesichts des Karikaturenstreits einen globalen Glaubenskonflikt?

Wir müssen diese Gewaltausbrüche genau so ernst nehmen wie den Terrorismus. Und wir müssen alles versuchen, damit es nicht zum Kampf, sondern zum Dialog zwischen den Kulturen kommt.

BR: Was muss getan werden, damit die Situation nicht eskaliert?

Auch wir im Westen müssen dazulernen. Die Veröffentlichung der Mohammed-Karikaturen in Dänemark samt ihren Folgen sollte Anlass zum Innehalten sein. Ich möchte nicht, dass meine Religion beleidigt wird und ich denke, dass wir auch andere Religionen nicht gering schätzen dürfen. Aber auch die Pressefreiheit ist ein hohes Gut für uns. Deshalb ist es absurd, eine Entschuldigung des dänischen Präsidenten für Karikaturen einer freien Zeitung zu verlangen.

BR: Wie schätzen Sie den Sturm der Entrüstung in der muslimischen Welt ein?

Wenn es in einem Land wie Syrien, das diktatorisch regiert wird, zu Demonstrationen oder Botschaftsbesetzungen kommt, dann ist eindeutig, dass sie vom Staat

toleriert, wenn nicht sogar ins Leben gerufen wurden. Wir müssen politisch und diplomatisch darauf hinwirken, dass die Führungen jener arabischen Staaten, zu denen wir gute Beziehungen haben, zur Entspannung der Lage beitragen. Wir sollten dabei aber kühlen Kopf bewahren: Es darf kein Öl ins Feuer gegossen werden.

BR: Der Anteil der muslimischen Bevölkerung ist in Berlin besonders hoch. Befürchten Sie Krawalle?

Wir in Berlin werden alles tun, um friedlich zusammen zu leben. Dazu gehört auch der gegenseitige Respekt vor der Religion des anderen. Salam aleikum, Friede sei mit dir, das ist schließlich der Gruß in weiten Teilen der islamischen Welt. So sehr wir radikale Islamisten und Hassprediger ablehnen, so sehr sollten wir ein offenes Herz bewahren gegenüber den unter uns lebenden friedlichen Muslimen.



In dieser Ausgabe:	
Bilanz Rot-Rot	S. 2
Beliebte Kanzlerin	S. 2
Jugendkriminalität	S. 3
Einheitsschule	S. 6
Ku'Damm-Bühnen	S. 6
Rudi-Dutschke-Straße	S. 6
Tierpark	S. 7
Religionsunterricht	S. 8

CDU-Spitzenkandidatur
Friedbert Pflüger
Seite 4 und 5

Rot-Rot ist ausgezehrt

Ende Januar haben die Führungsgremien der Berliner Union den Bundestagsabgeordneten und Verteidigungsstaatssekretär Friedbert Pflüger einstimmig als CDU-Spitzenkandidaten vorgeschlagen.

Dieser stürzte sich sogleich leidenschaftlich in das Stadtgeschehen, stattete den vom Arbeitsplatzabbau bedrohten Mitarbeitern von CNH und JVC Solidaritätsbesuche ab, traf sich zu einem Gespräch mit

Angst.“ Denn der Regierende Bürgermeister weiß, dass sich das Augenmerk in den kommenden Wochen und Monaten noch stärker auf Sachthemen richten wird. Das kann ihm angesichts seiner politischen Bilanz nicht behagen. Wowerit steht stellvertretend für einen unterqualifizierten Senat, der die Probleme der Stadt nur verwaltet, anstatt zu regieren. Mut- und ideenlos argumentieren SPD und PDS mit ‚Sachzwängen‘ und



Henkel redet Klartext

Bischof Huber und setzte sich mit Nachdruck für den Erhalt der Ku'damm-Bühnen ein. Sein Engagement wird messbar honoriert. Innerhalb von nur zwei Tagen nach seiner Nominierung gaben 20 Prozent der Berlinerinnen und Berliner an, Friedbert Pflüger direkt zum Regierenden Bürgermeister wählen zu wollen. Schon lassen sich die ersten nervösen Beißreflexe aus dem linken Spektrum beobachten. Der Regierende Bürgermeister Wowerit hatte wenige Tage nach Pflügers Nominierung nichts Besseres zu tun, als diesen zu diskreditieren und ihn als ‚Zugereisten‘ zu verhöhnen. Auch der SPD-Landesvorsitzende Müller schlug in diese Kerbe. Dabei sollte sich doch gerade der Regierende Bürgermeister einer toleranten und weltoffenen Hauptstadt erfreut zeigen, wenn sich Menschen in Berlin niederlassen und bereit sind, sich für unsere Stadt zu engagieren. „Warum so nervös?“, fragte die Berliner Tageszeitung „B.Z.“, um die Frage gleich selbst zu beantworten: „Wowerit hat

lassen den Rotstift kreisen. Dabei müsste dringend gehandelt werden, um Berlin wieder nach vorne zu bringen. Die Geißel Massenarbeitslosigkeit wütet nach wie vor in der Stadt, die Verschuldung erreicht unter Rot-Rot täglich neue Rekordhöhen und engt den politischen Handlungsspielraum

weiter ein. Wir müssen eine leidenschaftliche Debatte darüber führen, wie wir die Zukunftschancen unserer Kinder sichern können. Mit der von Rot-Rot propagierten Einheitsschule, einem ideologischen Versatzstück, wird dies ganz sicher nicht gelingen. Nach den Ausschreitungen jugendlicher Migranten in französischen Vororten im vergangenen Jahr und angesichts eines möglichen Kulturkonflikts im Zusammenhang mit den Mohammed-Karikaturen dürfen wir auch die Integrationspolitik nicht vernachlässigen, sondern müssen hier dringend neue Akzente setzen. Eines ist klar: Berlin wird im fünften Jahr unter Wert regiert und damit um seine Zukunft gebracht. Rot-Rot ist ausgezehrt. Dieser Senat hatte eine Chance – und sie nicht genutzt. Eine weitere hat er nicht verdient. Im Interesse Berlins sollten wir gemeinsam mit den Berlinerinnen und Berlinern alle Kraft darauf verwenden, dass es im September nicht zu einer Neuaufgabe der rot-roten Koalition kommt.

Vier verlorene Jahre für Berlin



Ingo Schmitt

Nach vier Jahren rot-roter Politik in Berlin zog der Regierende Bürgermeister zum Jahresbeginn eine selbstzufriedene Bilanz. Doch die Realität sieht anders aus. Viele Berlinerinnen und Berliner befürchten nun ein weiteres Jahr des politischen Stillstands.

Auf der Jahresauftaktspressekonzferenz des Regierenden Bürgermeisters wertete Wowerit die bisher geleistete Senatsarbeit als etwas, auf das man stolz sein könne. Insbesondere in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hätte sich vieles zum Besseren gewendet.

Der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Ingo Schmitt, wertete dies als eine Verklärung der politischen Wirklichkeit in der Hauptstadt. Der CDU-Politiker: „Wowerit malt ein bonbonfarbenes Bild von der wirtschaftlichen Lage in der Hauptstadt, das mit der Realität leider nicht viel zu tun hat. In Wirklichkeit ist die

Situation vier Jahre nach dem Amtsantritt von Rot-Rot dramatisch. Vor allem die hohe Arbeitslosigkeit hängt wie ein Damoklesschwert über der Stadt. 300.000 Menschen sind ohne Erwerbstätigkeit. Die

worten und damit die Stadt an den Rand der finanziellen Handlungsunfähigkeit manövriert. Hier von einem Jahr zu sprechen, auf das man stolz sein könne, wertete Schmitt als befremdlich. „Wir müssen



Ein rotes Gespensst im Roten Rathaus?

Stadt wird von einer Welle von Werksschließungen und Personalabbau überrollt. Fast täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften von Arbeiternehmern, die ihren Job verloren haben oder vom Arbeitsplatzverlust bedroht sind.“ Die Haushaltsmisere habe sich ebenfalls dramatisch zugespitzt. 20 Milliarden Euro Schulden, so Schmitt, habe dieser Senat bis dato zu verant-

aufpassen, dass sich die soziale Kluft in dieser Stadt nicht weiter vergrößert.“ Abschließend sagte Schmitt: „Die vom Regierenden Bürgermeister auf der Pressekonferenz beschworene ‚Mentalität des Gelingens‘ läuft angesichts seiner ‚Politik des Scheiterns‘ ins Leere. Vier Jahre Rot-Rot waren vier verlorene Jahre für Berlin.“

Merkel ist beliebteste Politikerin

Drei Monate nach ihrer Vereidigung erfreut sich Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bevölkerung größter Beliebtheit.

Der ARD-Deutschland-Trend misst gar die höchste Zustimmung für einen Bundeskanzler überhaupt. Laut einer Umfrage von TNS Infratest für das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ wollen 85 Prozent, dass Merkel auch in Zukunft eine „wichtige Rolle“ in der Politik spielt. Der Einzige, der in den vergangenen Jahren noch größere Zustimmung erfuhr, war FDP-Außenminister Hans-Dietrich Genscher kurz nach der Wiedervereinigung. Unter den Anhänger der Union wünschen sich 99 Prozent eine gewichtigere Rolle der CDU-Vorsitzenden. Im ARD-DeutschlandTrend wurde Anfang Februar gar

der höchste Wert ermittelt, der je für einen Bundeskanzler gemessen wurde. 80 Prozent der Befragten sind mit der politischen Arbeit von Frau Merkel zufrieden. Auch bei der Direktwahlfrage setzt sich die Bundeskanzlerin klar gegen ihre möglichen Herausforderer durch: Könnten die Deutschen den Bundeskanzler direkt wählen, würden sich 55 Prozent für sie und 32 Prozent für den SPD-Chef Matthias Platzeck entscheiden. Stünden Angela Merkel und Franz Müntefering zur Wahl, würden sich 59 Prozent für die Amtsinhaberin und 27 Prozent für den jetzigen Vizekanzler entscheiden. Die Zustimmung zu Angela Merkel spiegelt sich in der allgemeinen Bewertung der Regierungsarbeit. 45 Prozent finden, die Kanzlerin und die Uni-

onsminister arbeiten in der großen Koalition erfolgreicher als Franz Müntefering und die SPD-Minister. Die Arbeit der SPD-Riegebewerten nur 20 Prozent als erfolgreicher. Quellen: ARD-Presseninfo, Der Spiegel

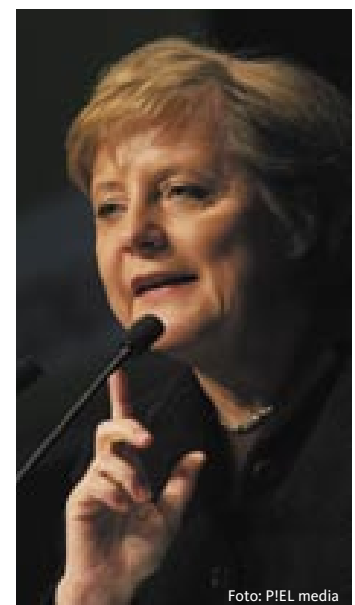


Foto: PIEL media

Kuschelpädagogik fördert kriminelle Karrieren



In einem Namensartikel nimmt der Vorsitzende der CDU-Fraktion des Berliner Abgeordnetenhauses, Nicolas Zimmer, zur Jugendkriminalität in Berlin Stellung.

Seit dem Mord an den 7-jährigen Christian in Zehlendorf im vergangenen Sommer ist die Debatte um jugendliche Intensivtäter voll entbrannt. Der 16-jährige Täter Keith M. war kein unbeschriebenes Blatt und konnte bis zum Mord trotz zahlreicher Vorstrafen unbehelligt sein Unwesen treiben und seine Umwelt drangsaliieren. Die politische Linke ist vor der Eröffnung des Prozesses gegen Keith M. aus übertriebener Sorge um jugendliche Serienschläger gegenüber den Opfern in Erklärungsnot geraten. Trotzdem wird weiter gemauert, Fehler bei der Strafverfolgung nicht zugegeben und die Kuschelpädagogik in bewährter Tradition der 68er-Ideologie als Erziehungsmaßnahme weiter propagiert. Auf der Strecke bleiben wieder einmal die

Opfer. Mit der Folge, dass immer noch die Jugendkriminalität in Berlin auf einem hohen Niveau ist und die Brutalität von Jugendlichen weiter zunimmt. Ein jugendlicher Intensivtäter wird dann erst von der Jus-



tiz wirklich belangt, wenn er ein Dutzend Straftaten begangen hat. Solange wird er im Glauben, dass die Justiz ihm nichts anhaben kann, nach Delikten wie Körperverletzung, Raub oder Sachbeschädigungen immer wieder freigelassen. Das fördert in

unverantwortlicher Weise die Karrieren von jugendlichen Intensivtätern. Hier geht der Täterschutz eindeutig zu weit. Dass das Sofortprogramm der CDU-Fraktion gegen Jugendkriminalität vom Senat im-

zur Erziehung und für Jugendprojekte in Höhe von 169 Millionen Euro vorgenommen worden sind. Die Berliner Union erwartet vom Senat eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Jugendstrafrechts.

Potentiellen Gewalttätern muss gleich am Anfang ihrer Karriere mit allen Instrumenten des Rechtsstaates klar gemacht werden, wo die Grenzen liegen. Dazu gehört unter anderem die Anwendung des Erwachsenstrafrechts als Regelfall für Heranwachsende, die Möglichkeit der Anordnung eines Jugendarrests

neben einer Bewährungsstrafe und eine Herabsetzung des Alters der Strafmündigkeit.

Das Sofortprogramm der CDU-Fraktion erhalten Sie unter: www.cdu-fraktion.berlin.de unter dem Link 'Anträge'.

Kein Ausländerwahlrecht in Berlin



Das Berliner CDU-Mitglied im Europäischen Parlament, Roland Gewalt, erklärt in einem Namensartikel, dass es auch in Zukunft kein kommunales Wahlrecht für alle Ausländer in Berlin geben wird:

Ein Vorstoß der politischen Linken, allen Ausländern - selbst jenen, die keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben - ein Wahlrecht zu geben, ist im Europäischen Parlament am Widerstand von CDU/CSU und ihrer europäischen Schwes-

terparteien gescheitert. Eine Gleichsetzung von Drittstaatsangehörigen mit EU-Bürgern und deutschen Staatsbürgern im Bezug auf das Wahlrecht bedeutet letztlich eine Diskriminierung der EU-Bürger und wird deshalb von der Union kategorisch abgelehnt.

Die Europäische Union verfolgt seit Adenauer das Ziel, gleiches Recht für alle EU-Bürger in allen EU-Mitgliedsländern zu schaffen. Ein uneingeschränktes Ausländerwahlrecht wie es die politische Linke will, verletzt diesen Grundsatz massiv. Ein Berliner mit deutschem Paß, wenn er sich

in den USA und der Türkei niederläßt, hat dort nämlich kein Wahlrecht. Nach der Entscheidung im Europäischen Parlament bleibt der deutsche Verfassungsgrundsatz, daß Wahlbürger nur Staatsangehörige sein können, erweitert durch das Wahlrecht der EU-Bürger, erhalten. Die Union

und ihre europäischen Schwesterparteien haben in Straßburg erfolgreich

verhindert, daß Ausländer ohne einen sicheren Aufenthaltsstatus, oftmals nur geduldet wegen fehlender Abschiebungsmöglichkeiten, beim Wahlrecht mit deutschen Staatsangehörigen und EU-Bürgern in Berlin gleichgestellt werden.



In Kürze

Merkel: Politische Rolle der Nato stärken

Kanzlerin Merkel hat zum Auftakt der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik die besondere Bedeutung der transatlantischen Partnerschaft betont. „Das wiedervereinigte Deutschland sei bereit, vermehrt Verantwortung auch über das eigentliche Bündnisgebiet hinaus zu übernehmen.“ Europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft blieben die beiden Säulen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Yorckbrücken als Industriedenkmal erhalten

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Fraktion des Abgeordnetenhauses von Berlin, Uwe Lehmann-Brauns, positioniert sich klar gegen den beabsichtigten Abriss der Yorckbrücken in Kreuzberg. Ihr Abriss bedeute einen nicht wiedergutzumachenden Gesichtsverlust für die Berliner Innenstadt. Die CDU-Fraktion wird den Vorgang im Parlament zur Sprache bringen. Zu prüfen sei, ob das Brückengelände nicht in die Obhut des Museums für Verkehr und Technik gegeben werden kann.

Bögers Sprachförderung greift zu kurz

Die CDU-Schulpolitikerin Katrin Schultze-Berndt begrüßt den Versuch von SPD-Schulsenator Böger, die deutschen Sprachkenntnisse gerade von Schülern nicht-deutscher Herkunft zu verbessern. Die nunmehr drei statt bisher zwei Stunden am Tag der halbjährigen Sprachförderung vor Schulbeginn seien ein Anfang, greifen jedoch zu kurz. Maßnahmen, wie die Verabredung an der Hoover-Realschule, als Umgangssprache nur Deutsch zu verwenden, sollten flächendeckend vom Bildungssenator angeregt werden.

Berlin ist eine großartige Stadt

Der Spitzenkandidat der Berliner Union, Friedbert Pflüger, stellt sich in einem Interview den Fragen der Berliner Rundschau.

BR: Herr Pflüger, die Führungsgremien der Berliner Union haben Sie Ende Januar einstimmig als CDU-Spitzenkandidat vorgeschlagen. Was bedeutet Ihnen dieser Vertrauensbeweis?

Erst einmal freue ich mich sehr über das große Vertrauen, dass mir die Berliner CDU entgegengebracht hat. Natürlich gab es auch einige, die mir anfangs skeptisch gegen-

überstanden. Die letztlich einstimmig getroffene Entscheidung zeigt mir aber, dass ich mit einer geschlossenen Mannschaft in den Wahlkampf ziehen werde.

BR: Warum wollen Sie Regierender Bürgermeister werden?

Berlin ist eine großartige Stadt, die neben vielen Problemen auch viele Chancen hat. Schon allein deshalb ist das Amt des Regierenden Bürgermeisters eine große, aber spannende Herausforderung. Meiner Ansicht nach wird Berlin unter Wert regiert.

Mit dieser Mittelmaßigkeit will ich mich nicht abfinden, sondern eine bessere Politik für die Stadt machen. In 15 Jahren muss Berlin Weltklasse sein und wieder eine Vorreiterrolle in Deutschland übernehmen.

BR: Sie haben die vielen Probleme in der Stadt angesprochen. Welche sind das Ihrer Meinung nach?

Ich sehe drei verschiedene Trennlinien, die sich durch die Stadt ziehen: die Trennung zwischen Ost und West, zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen sowie zwischen Arm und Reich. Diese Trennlinien müssen wir auflösen. Vor allem die Massenarbeitslosigkeit ist eine Geißel, mit der wir uns nicht einfach abfinden dürfen. Denn hinter den Zahlen verstecken sich immer Einzelschicksale und menschliche Tragödien.



BR: Stichwort Arbeitslosigkeit: Sie haben während Ihrer ersten Woche als Spitzenkandidat die vom Arbeitsplatzabbau bedrohten Mitarbeitern von JVC und CNH besucht. Was konnten Sie ihnen vermitteln?

Ich kann diesen Menschen leider keine Jobs anbieten, aber ich wollte mit meinen Besuchen ein Zeichen setzen. Es ist wichtig, den Betroffenen zuzuhören und sich für ihre Belange einzusetzen. Dazu gehören übrigens auch Gespräche mit den Unternehmensleitungen. Das Beispiel anderer

Metropolen - z.B. London, Wien, Warschau, New York - zeigt, dass Arbeitsplatzverlust kein Naturgesetz ist.

BR: Herr Pflüger, eine letzte Frage: Was lieben Sie an Berlin?

Berlin ist eine kreative, tolerante und weltoffene Stadt, die pulsiert und ständig im Wandel begriffen ist. Sie können hier auf engstem Raum die verschiedensten Lebensentwürfe finden. Ich lebe mit meiner Familie furchtbar gern in dieser tollen Stadt.



Bei den Mitarbeitern der JVC-Mahnwache

„Eine Gewichtsklasse über Wowereit“

Der Vorschlag der CDU-Führungsgremien an den Landesparteitag, Friedbert Pflüger zum Spitzenkandidaten der Berliner Union für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 17. September 2006 zu nominieren, fand in der Presse eine positive Resonanz:

„Kandidat der Herzen - Idealbesetzung - Hoffnungsträger der CDU“
Berliner Morgenpost

„Innen- und außenpolitischer Vollprofi, harter Arbeiter“
Bild

„Pflüger hat ein Gefühl für die Stadt. Er wäre jemand, der es von der politischen Statur her gut mit Klaus Wowereit aufnehmen könnte. Er bringt eine gewisse Weltläufigkeit mit und könnte Leute für die Berliner Politik gewinnen, die Wowereit nicht erreicht. Verweht wäre auch der Hauch von Provinzialität, der zurzeit über den Berliner Verhältnissen liegt und vielen in der Stadt das Gefühl gibt, dynamische Entwicklun-

gen gebe es London oder in Moskau, aber nicht in Berlin. Pflüger kann Leute gewinnen“
Der Tagesspiegel

Der Tagesspiegel



„Merkels Mann für die Moderne. (...) Die CDU be-

kommt mit Pflüger einen präsentierbaren, international gewandten und erfahrenen Politiker.“
Welt am Sonntag

Welt am Sonntag

„Der gebürtige Hannoveraner kennt sich mit den Hebeln der Macht bestens aus“
Berliner Kurier

„Pflüger dürfte eine Gewichtsklasse über Wowereit liegen, mindestens“
Der Tagesspiegel

„Fest in der Bundes-CDU verankert, mit guten Kon-

takten zu Kanzlerin Merkel. Versteht als Wirtschaftswissenschaftler viel von Finanzen und Verwaltung. Berlin-Kenner, von 1981 - 89 enger Mitarbeiter von Richard von Weizsäcker“
BZ am Sonntag

„Pflüger ist in Berlin erfahren und erprobt, sowohl aus der Zeit der Teilung der Stadt wie nach ihrer Wiedervereinigung. Er ist Vollblutpolitiker. Er hat Mut. Er wird zu kämpfen wissen.“

Richard von Weizsäcker, in: Berliner Morgenpost

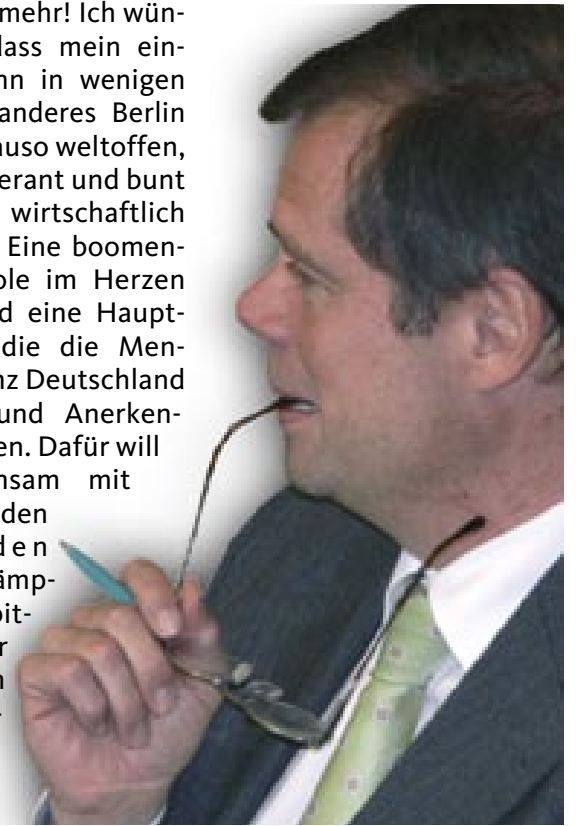
Friedbert Pflüger: „Darum liebe ich Berlin!“

Am 20. Juni 1991 sprach sich der Deutsche Bundestag mit knapper Mehrheit für Berlin als Parlaments- und Regierungssitz aus. Ich hielt damals – im Alter von 36 Jahren – meine Jungferrede als Bundestagsabgeordneter. Ich sprach nicht gegen Berlin, aber für Bonn. Ich empfand die Bonner Demokratie als meine politische Heimat und hatte Sorge, dass den vielen Brüchen in der deutschen Geschichte mit dieser Entscheidung ein weiterer hinzugefügt würde. Lassen Sie es mich ganz offen, deutlich und selbstkritisch sagen: Meine damalige Sorge hat sich als unbegründet erwiesen! Meine Familie und ich leben furchtbar gerne im

„neuen Berlin“. In den vergangenen Jahren habe ich zahlreichen ausländischen Besuchern unser neues Parlament in Berlin gezeigt. Wie ich sind sie begeistert von der Architektur und der Kuppel, mit der es Sir Norman Foster gelungen ist, ein Symbol des vereinigten, demokratischen Deutschlands zu schaffen. Berlin ist eine echte Metropole geworden – eine Stadt, die wie ein Brennglas die Probleme und Chancen Deutschlands und Europas zusammenfasst. Das Zusammenleben von Ost- und Westdeutschen, die verschiedenen Kulturen und Lebensformen. Ich liebe die Unterschiedlichkeit, die Weltoffenheit und die Toleranz der Berlinerinnen

und Berliner – was für ein wohlthuender Unterschied gegenüber der damaligen Bonner „Käseglocke“! Aber: Diese phantastische Stadt wird unter Wert regiert. Ich trete an, um mit meinen Freunden in der Berliner CDU als Regierenden Bürgermeister die einfalllose und mittelmäßige Politik des rot-roten Senats zu beenden. Nie werde ich mich mit 18 Prozent Arbeitslosigkeit abfinden! Nie mit einer schamlosen Verschuldungspolitik zu Lasten zukünftiger Generationen! Beides schwebt wie ein Damoklesschwert über der Stadt und den hier lebenden Menschen. Das Berlin-Motto von Klaus Wowereit lautet „Arm, aber sexy“ – ich halte dagegen:

Berlin kann mehr! Ich wünsche mir, dass mein einjähriger Sohn in wenigen Jahren ein anderes Berlin erlebt: Genauso weltoffen, genauso tolerant und bunt – aber auch wirtschaftlich erfolgreich. Eine boomende Metropole im Herzen Europas und eine Hauptstadt, auf die die Menschen in ganz Deutschland mit Stolz und Anerkennung schauen. Dafür will ich gemeinsam mit Ihnen in den kommenden Monaten kämpfen und bitte Sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen und Ihre Unterstützung!



Mit 16 in die CDU - heute Spitzenkandidat

Friedbert Pflüger trat 1971 im Alter von sechzehn Jahren der CDU bei. Während seines Studiums der Poli-

arbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Richard von Weizsäcker, zuletzt als Leiter des per-

„Lehrmeister“ (Pflüger) bis 1989 als Pressesprecher des Bundespräsidenten diente. Nach einer Zwischenstation in der Wirtschaft als Geschäftsführer der Matuschka-Gruppe (Vermögensverwaltung) zog Pflüger 1990 für den Bundestagswahlkreis Hannover in den ersten gesamtdeutschen Bundestag ein. Von 1990 bis 1998 war

1998 das Amt des Abrüstungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 1998 bis 2002 leitete Pflüger den Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. In den Jahren von 2002 bis 2005 hatte er das Amt des Außenpoliti-

schen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inne. Seit November 2005 ist Friedbert Pflüger Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung. Friedbert Pflüger gehört seit dem Jahr 2000 dem Bundesvorstand der CDU an.



tikwissenschaft, der Volkswirtschaft und des Staatsrechts in Göttingen, Bonn und Harvard (USA) engagierte er sich beim Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und übte von 1977-1978 das Amt des RCDS-Bundesvorsitzenden aus. Zugleich war Pflüger von 1976-1978 stellvertretender Vorsitzender der European Democrat Students (EDS). Von 1977 bis 1985 gehörte Friedbert Pflüger dem Bundesvorstand der Jungen Union an. Von 1981 bis 1984 war Pflüger Mit-

sönlichen Büros. Pflüger folgte von Weizsäcker im Anschluss in das Bundespräsidialamt, wo er seinem

Friedbert Pflüger ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und bekleidete von 1994 bis



Pflüger privat

Friedbert Pflüger wurde am 6. März 1955 in Hannover geboren. Gemeinsam mit seiner Lebensgefährtin Sibylle Hällmayr (28) wohnt er im Berliner Bezirk Mitte, ganz in der Nähe zum Reichstag. Die Geburt des gemeinsamen Sohnes Leonhard Paul (1), der eine Berliner Kita besucht, bezeichnet Pflüger als den „bewegendsten Moment meines Lebens“. 1965 landete Pflüger das erste Mal in Berlin, auf dem Flughafen Tempelhof. Der Stadt ist er somit nicht erst

seit gemeinsam mit Richard von Weizsäcker mit dem Herzen verbunden.



den. In seiner Freizeit genießt er die vielfältigen Möglichkeiten, die die Berliner Kulturszene bietet.

Schulchaos bekämpfen, nicht das Schulsystem



Uwe Goetze
Geschäftsführer der Berliner CDU-Fraktion, Uwe Goetze:

Obwohl bereits die Gesamtschule vor Jahren bundesweit gescheitert ist, propagieren die Berliner Linke, PDS und SPD jetzt die Einheitsschule bis zur 10. Klasse: Die Linke, PDS hat das auf einer Klausurtagung Ende Januar beschlossen, die Berliner SPD auf ihrem letzten Landesparteitag. Das

Heilsversprechen für die ferne Zukunft lautet: Alles wird besser in den Berliner Schulen, wenn man nur das System radikal ändert. Als ob die Desorganisation der Schulverwaltung, der Lehrermangel, die Unterrichtsausfälle oder der desolate Zustand vieler Schulen am Schulsystem lägen.

Im Vergleich zu anderen Bundesländern stellt schon die Berliner sechsjährige Grundschule (sonst nur 4 Jahre) ein Einheitsschulmodell dar. Aber statt bundesweit mit Erfolgen zu glänzen, steht Berlin am Ende der Vergleichsskala. Immer

mehr Eltern wollen daher einen Übergang ihrer Kinder zur weiterführenden Schule nach Klasse 4 – den Grundschulklassen 5 und 6 wird immer weniger vertraut, weil sie nicht auf die folgenden Anforderungen vorbereiten. Linke und SPD haben daraufhin die meisten Gymnasien ab Klasse 5 abgeschafft, obwohl die Berliner Wirtschaft vermehrt darüber klagt, dass die Schulabgänger immer öfter nicht ausbildungsfähig sind!

Auch die deutschen Gesamtschulen als ein Einheitsschulmodell haben

in den PISA-Studien trotz ihrer gegenüber den sonstigen Schulen großzügigeren Ausstattung sogar schlechter abgeschnitten als etwa die Realschulen des gegliederten Schulsystems. Die Linke scheint vergessen zu haben, dass das finnische Schulmodell, das angeblich kopiert werden soll, mit Gruppen in bis zu fünf Niveaustufen arbeitet. Diese Differenzierung lehnt Rot-Rot im neuen Berliner Schulgesetz allein schon für die Klassen 5 und 6 ab! Und schon heute fehlt das Geld für einen ausreichende Förderunter-

richt in nur einer anderen Niveaustufe.

Die Einheitsschule verhindert Vielfalt und die Förderung von individuellen Begabungen. Die unmittelbare Folge sind Mittelmäßigkeit und schlechtere Lernbedingungen für stärkere wie für schwächere Schüler. Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen sind mit ihren gegliederten Schulsystemen die erfolgreichsten Länder in der Bundesrepublik. Die Einheitsschule ist für Deutschland kein Modell der Zukunft, sondern der Vergangenheit.

Ku'Damm-Bühnen in Gefahr



Dr. Uwe Lehmann-Brauns

Man hält es nicht für möglich: Da gibt es zwei über Berlin hinaus bekannte Theater, die Komödie und das Theater am Kurfürstendamm.

Beide in den 20er Jahren gebaut, von Max Reinhardt bespielt. Beide gut besucht, beide spielen ohne einen Cent öffentlicher Förderung. Diesmal ist es nicht der Kultursenator Flierl, der sie schließen will, sondern ein anonymer Fonds der Deutschen Bank. Er will das

Kurfürstendamm-Karree umbauen, neu vermieten und im Zuge dessen beide Theater zerstören. Was tun? Interessant, wie sich Kultur-

senator Flierl eingelassen hat: So sei nun einmal der „Finanzkapitalismus“. Da könne man nichts machen. Das Ganze sei eine Ange-

legenheit zwischen Vermieter und Mieter. Auch die FDP hat sich in diesem wegguckenden Sinne eingelassen. Wowereit, in der Erkenntnis, dass sein Image leiden würde, wenn er wie Flierl zum toten Kater wird, hat sich der Sache brieflich angenommen, macht vage Hoffnungen, ein bisschen windig. Die CDU Fraktion hat die Sache ins Parlament gebracht und zumindest eins erreicht: Dieser Kultursenator spielt in der Kulturpolitik, soweit es um die Bühnen geht, keine Rolle mehr. Und wir drängen weiter. Inzwischen laufen

viele Solidaritätsbekundungen an. Vor allem Friedbert Pflüger hat sich der Sache angenommen und persönliche Gespräche mit dem Chef der Deutschen Bank und den dortigen Verantwortlichen geführt. Er hat zunächst erreicht, dass die Theater bis zum 30.06.2007 unbelästigt spielen können. Melden wir uns weiter zu Wort, besuchen die Demonstration der Künstler am 20. Februar 2006 und lassen die Deutsche Bank wissen, dass sie, falls sie das Vorhaben durchzieht, dabei ist, die Sympathie der Berliner zu verlieren.



Bürgerbegehren gegen Rudi-Dutschke-Straße



Kurt Wansner

Das Vorhaben, die Kochstraße in Rudi-Dutschke-Straße umzubenennen, stößt weiterhin auf breite Ablehnung. Die CDU in Friedrichshain-Kreuzberg startet nun ein Bürgerbegehren.

„Rudi Dutschke war ein Gegner der parlamentarischen Demokratie und hat Gewalt gegen den Staat zur Durchsetzung sozialistisch-marxistischer Träumereien toleriert“, so Kurt Wansner, CDU-Kreisvorsitzender von

Friedrichshain-Kreuzberg. „Er war eine zweifelhafte historische Persönlichkeit. Eine Straße nach ihm zu benennen, wäre eine Zumutung für die ganze Stadt.“ Ebenso zweifelhaft findet Wansner die Vorgehensweise und das merkwürdige Demokratieverständnis, mit der Linkspartei, PDS und Grüne als vermeintliche Bewahrer der Bürgerinteressen und Befürworter von Volksentscheiden die Straßenumbenennung zum 1. April 2006 durchsetzen wollen. Ein Bürgerbegehren gegen die Umbenennung wurde rigoros abgelehnt

und die Umbenennung in der Bezirksverordnetenversammlung Friedrichshain-Kreuzberg durchgesetzt. Kurt Wansner und der Kreisvorsitzende der Jungen Union Friedrichshain-Kreuzberg, Timur Husein, haben bereits Widerspruch gegen den Beschluss des zuständigen Bezirksamtes für Stadtentwicklung und Bauen eingelegt.

Schon im Vorfeld der Diskussion hatte sich eine große Mehrheit der Anwohner und Gewerbetreibenden gegen eine Rudi-Dutschke-Straße ausgesprochen. Erforderlich für das Bürgerbe-

gehren sind 5000 Unterschriften. Die Unterschriftensammlung dafür startet nun nach einem Beschluss des Kreisvorstandes am 15. Februar.

Wansner und Husein sind zuversichtlich, dass die Unterschriftensammlung Erfolg haben und der Bürgerwille letztlich respektiert werde. In einer Zeit, in der Toleranz und friedliches Miteinander der Kulturen auf der Agenda stehen, sei die Aufwertung einer Person



wie Rudi Dutschke durch die Benennung einer Straße in unmittelbarer Nähe zum Regierungsviertel das falsche Zeichen für das neue Berlin. Deswegen hoffen die CDU-Vertreter, dass es am Ende für die Kochstraße heißen wird: viel Rauch um Nichts!

Mit dem Tierpark ein Stück Berlin fördern

Eine grüne Oase mitten in Berlin, so präsentiert sich der Berliner Tierpark seit nunmehr über einem halben Jahrhundert. Mit mehr als 10.000 Tiere und über 1.000 Arten auf 160 ha Fläche ist er nicht nur der größte europäische Landschaftstiergarten, sondern für über eine Million Besucher ein Anziehungspunkt. Berlin ist mit Zoo und Tierpark weltweit die Stadt mit dem größten zoologischen Angebot und bereichert die touristischen Attraktivitäten der deutschen Hauptstadt. Gerne vergleicht sich Berlin mit anderen Metropolen und kann auch in diesem Bereich die Vergleich mithalten, so haben Paris, New York und London auch zwei Zoos. Da beide Einrichtungen jährlich über 3 Millionen Besucher anlocken, sind sie auch ein wirtschaftlicher Faktor für diese Stadt. Um so mehr verwundert es, dass gerade der Berliner Finanzsenator Zoo und Tierpark massiven Einsparungen aussetzt. So sollen die Zuschüsse für Zoo und Tierpark von gegenwärtig ca. 10 Millionen Euro bis zum Jahr 2012 halbiert werden. Dies bedeutet nicht nur einen kräftigen Einschnitt für die Finanzierung, sondern zeigt einmal mehr, wie Sarrazin auch in diesem



Die 2005 geborenen Elefantenkinder Horas, Cinta und Yoma stehen ganz oben auf der Beliebtheitskala der Tierparkbesucher.

Bereich tierisch daneben liegt. Diese Räumlichkeit bedeutet eine schmerzhaft Zäsur, welche erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung des Tierbestandes in Zoo und Tierpark haben wird und damit auch auf die Attraktivität dieser für Berlin wichtigen Erholungs- und Freizeitmagneten. Klar ist sicherlich, dass es noch Einsparpotenziale gibt, aber die Schmerzgrenze bei den Eintrittspreisen dürfte

allerdings erreicht sein. Eine artgerechte Haltung kostet Geld, das muss auch Sarrazin klar sein. Gegen diese heftigen Kürzungen setzt sich auch die Fördergemeinschaft des Berliner Tierparks ein, welche 1956 gegründet wurde. Mit seinen gegenwärtig 750 Mitgliedern gibt der Förderverein materielle und ideelle Unterstützung. Allein seit 1992 wurden mehr als 700.000 Euro an Spenden eingenommen. So

hat allein 2005 der Verein erstmalig über 100.000 Euro eingenommen. Gerade die künftigen Einsparungen machen es erforderlich, Sponsoren und Spender zu finden. Hier ist das Engagement aller Berliner gefragt. Allein seit 2004 traten über 150 Mitglieder ein. Der Mindestjahresbeitrag liegt bei 30 Euro. Zu den mitfinanzierten Anlagen zählten im Jahr 2005 das Haus für die Riesenschildkröten und

das neue Vari-Wäldchen. Mit einem kleinen Beitrag kann mit dem Tierpark ein Stück Berlin gefördert werden.

Thomas Ziolko
Vorsitzender der Fördergemeinschaft
des Berliner Tierparks
e. V.

Erreichbar ist die Fördergemeinschaft des Berliner Tierparks über:
Am Tierpark 125,
10319 Berlin
Tel. 51 53 14 07,
Fax: 512 40 61
Email:
tierpark.berlin@t-online.de
Bankverbindung:
Commerzbank Berlin,
BLZ: 120 400 00,
Kto.-Nr. 912 900 800

Thomas Ziolko (33), ist seit 2004 Vorsitzender der Fördergemeinschaft. Er ist Mitglied der CDU in Marzahn-Hellersdorf und Bezirksverordneter.

Eine Medaille für Angela Merkel

Das Ansehen und die Beliebtheit von Bundeskanzlerin Angela Merkel in der Bevölkerung nehmen immer mehr zu. Jüngsten Umfragen zufolge sind mittlerweile über 80 Prozent der Deutschen mit der Arbeit der CDU-Politikerin zufrieden. Eine ganz besondere Wür-



digung erfuhr die Kanzlerin durch ein Berliner CDU-Mitglied. Der junge Künstler Geralf Günzel aus Marzahn-Hellersdorf hat anlässlich der historischen Wahl von Frau Merkel zur erstendeutschen Bundeskanzlerin eine exklusive Bronzemedaille geschaffen. Das Werk des Berliner

Medailleurs, Bronze- und Eisengießers zeigt auf der Vorderseite das Konterfei der Bundeskanzlerin, auf der Rückseite eine Ansicht des Deutschen Bundestags. Von der Medaille existieren insgesamt nur zwanzig Exemplare. Die Berliner Bundestagsabgeordnete Monika Grütters



überreichte die Medaille am 22. November 2005 im Anschluss an die Kanzlerwahl an die neue Bundeskanzlerin. Frau Merkel war von der Auszeichnung angenehm überrascht und zeigte sich erfreut über die in Bronze gegossene Manifestation ihrer Kanzlerschaft.

Anzeige

SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REIFENKONTROLLE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT
KONFERENZ
GLAS- UND
GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON
SICHERUNGS- UND
RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensschutz GmbH
Stralauer Allee 35 10245 Berlin, DE
Tel.: 030 - 29 33 94 - 0 • Fax: 030 - 29 33 94 - 11

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern
nicht gesondert ausgewiesen:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

CHEFREDAKTEUR REDAKTION
Dirk Reitze Stefan Sukale
Jan Luther

BILDNACHWEIS
VON OBEN LINKS NACH UNTEN RECHTS
S.1: alle Reitze; S.2: Lüders; Reitze; PIEL Media;
S.3: Reitze; 2 x Privat; EuParl; S.4: 3x Reitze; S.5:
Reitze; 3x Privat; S.6: 3x Lüders; 2x Reitze; S.7:
2x Privat; S.8: Reitze

ANZEIGEN
Alexander Göbel
BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Druckerei Vettors, Radeburg
Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge
geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächste
Berliner Rundschau
am 25. Februar 2006



Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge von Friedbert Pflüger

Im Dialog: Friedbert Früger, CDU-Generalsekretär Frank Henkel und Bischof Wolfgang Huber

Der rot-rote Senat hat entschieden, ein bekenntnisfreies Wertefach „Ethik“ mit zwei Wochenstunden verpflichtend für alle Schüler der Klassen 7 bis 10 einzuführen – und damit den Religionsunterricht de facto abzuschaffen!

Das ist in Deutschland einmalig. Ich teile die deutliche Kritik der Kirchen an den Plänen des Senats. Evangelische und katholische Kirche streiten – gerade auch mit Hinweis auf die multikulturelle Berliner Situation – mit Vehemenz und gutem Recht für eine Wahlmöglichkeit zwischen Ethik und Religionsunterricht. Die im Grundgesetz normierte Religionsfreiheit garantiert nicht nur die Freiheit von Religion, sondern auch die Freiheit zur Religion. Berlin ist religiös und weltanschaulich unterschiedlich. Deshalb darf man nicht ein Einheitsfach vorschreiben.

Es darf keinen Vorrang für eine Ethik ohne Religion gegenüber einer Ethik aus Religion geben. Ich habe nichts gegen Ethik-Unter-

richt. Aber Ethik-Unterricht anstelle des konfessionellen Religionsunterrichts reicht nicht. Schon in der Präambel unseres Grundgesetzes ist ein eindeutiger Gottesbezug und damit eine Hinwendung zu den christlich-abendländischen Werten unserer Kultur und Geschichte formuliert. Das muss sich in den bildungspolitischen Zielen und Inhalten wiederfinden.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Orientierungslosigkeit in unserer Gesellschaft und des allgemein zu konstatierenden Wertelativismus ist der Religionsunterricht an unseren Schulen gerade heute von besonderer Bedeutung. Täglich werden wir mit den Facetten der Globalisierung konfrontiert. In dieser schnelllebig gewordenen Welt wächst die Sehnsucht nach Halt, nach Konstanten und nach allem, was über den Menschen hinausweist. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Zu spüren ist daher fast überall in der Welt eine Rückbesinnung auf die Religion. Der Staat hat nicht das

Recht, die Religion zurückzudrängen, sofern ihre Ausübung auf der Grundlage des Rechts und ohne Intoleranz gegenüber anderen Geisteshaltungen erfolgt.

Berlin ist eine weltoffene und tolerante Stadt mit einer langen Tradition der freien Religionsausübung. Toleranz aber ist nicht Beliebigkeit. Toleranz setzt einen eigenen Standpunkt voraus. Deshalb müssen sich Eltern und Schüler alternativ zum Ethikunterricht ganz bewusst auch für ein gleichberechtigtes „Wahlpflichtfach“ Religion, sei es christlich, islamisch oder jüdisch, entscheiden können. Die verpflichtende Teilnahme am Ethik-Unterricht aber hebt genau diese Wahlmöglichkeit aus. Der individuell gewünschte Religionsunterricht wird so aus ideologischen Gründen verdrängt.

Der Rahmenplanentwurf für den Ethik-Unterricht liest sich wie eine unverbindliche Ideensammlung. Als Leitfaden für den Unterricht taugt er kaum. Es steht zu befürchten, dass ein alleiniges Wertefach

lediglich ein Sammelsurium von Weltanschauungen vermittelt, jedoch kein fundiertes Wissen über die Religionen. Gerade die Kirchen aber müssen einen festen Platz in unserem Schulsystem erhalten. Sie können den Berliner Schülerinnen und Schülern Werte wie Selbstständigkeit, Verantwortungsbeurteilung, Kultur- und Weltoffenheit sowie Mitmenschlichkeit und eben Toleranz vermitteln.

Durch die Pläne des Senats ist zudem die Chance vertan, dem Islamunterricht, der nicht selten problematische Tendenzen bis hin zu den unsäglichen Hasspredigten zeigt, durch einen staatlich verantworteten Islamkundeunterricht in deutscher Sprache entgegenzutreten.

Auch die Berliner Schüler und Eltern müssen sich, ganz so übrigens wie in den meisten anderen Bundesländern, zwischen Religion und Ethik-Unterricht entscheiden dürfen.

erschieden in: *Der Tagesspiegel*, 06.02.2006

INFO-
COUPON

Berlin kann 's besser - Machen Sie mit!

Vor- und Zuname _____

Straße _____

PLZ / Ort _____

Telefon / Telefax _____

eMail _____

Ja, ich interessiere mich für die Arbeit der CDU Berlin:
Senden Sie mir Informationsmaterial zu!

Ja, ich möchte Mitglied der CDU werden:
Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.

CDU Berlin
Wallstraße 14A
10179 Berlin
Tel.: 0 30. 32 69 04 -0
Fax: 0 30. 32 69 04 -44
eMail: cduberlin@cduberlin.de



www.cduberlin.de